N i e d e r s c h r i f t

(UVPA/008/2025)

über die 8. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses / Werkausschusses EB77 am Dienstag, dem 14.10.2025, 16:00 - 19:50 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.
Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- **siehe Anlage –**

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

.	Werkausschuss EB77:	
9.	Mitteilungen zur Kenntnis Werkausschuss EB77	
9.1.	EB 77 - Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2025	771/027/2025
10.	EB 77: Feststellung des Jahresabschlusses 2024 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)	771/029/2025
11.	Anfragen Werkausschuss EB77	
.	Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat:	
12.	Mitteilungen zur Kenntnis	
12.1.	Bearbeitungsstand Fraktionsanträge	VI/279/2025
12.2.	Jahresbericht 2022/2023/2024 zu den Stadterneuerungsgebieten - Broschüre Nr. 18	610.3/083/2025

12.3.	Sachstand Umsetzung Gestaltungsleitfaden Fahrradstraßen in der Damaschkestraße und der Michael-Vogel-Straße, hier: Anfrage Grüne Liste vom 13.03.2024	613/350/2025
12.4.	Haushaltsentwurf 2026 - Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 bis 2029 des Amtes 66; Ergebnisse der Einigungsgespräche mit Ref II zum Verwaltungsentwurf	66/282/2025
.	Empfehlungen/Gutachten/Beschlüsse:	
13.	Bericht zum Planungsstand des Zweckverbandes	VI/282/2025
	Bericht des Zweckverbandes gegen 16:45 Uhr	
14.	Städtebauliche Folgekosten durch den Bau der StUB – Anfrage der CSU-Stadtratsfraktion, der Stadträte der FDP und der FWG	VI/280/2025
15.	Zusammenarbeit mit dem Zweckverband StUB; hier: Informationsfluss und Zurverfügungstellung von Unterlagen; Fraktionsantrag Nr. 080/2025 der CSU-Fraktion	VI/281/2025
16.	Abschaltung der Parkplatzbeleuchtung im Bereich der ehem. Housing Area; hier: Antrag der Grünen Liste Nr. 112/2022 vom 17.05.2022	I/007/2025
17.	Nahverkehrsplan Erlangen 2025	613/331/2025
	Der Nahverkehrsplan wird digital zur Verfügung gestellt	
18.	Antrag Nr. 072/2025 des Stadtteilbeirat Anger/Bruck - E-Scooter - Sachstand und Probleme im Stadtteil Anger/Bruck	613/347/2025
19.	Parkerleichterungen auch für Gastronomiebetriebe, Antrag Nr. 015/2025 der CSU-Fraktion	614/096/2025
20.	Aktualisierte Fassung des 2. Statusberichts Klima-Aufbruch	31/299/2025
	Die Anlagen werden digital zur Verfügung gestellt	
21.	Anfragen	

TOP

Werkausschuss EB77:

TOP 9

Mitteilungen zur Kenntnis Werkausschuss EB77

TOP 9.1

771/027/2025

EB 77 - Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2025

Entsprechend § 8 Abs. 1 der Betriebssatzung für den Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung i.V.m. § 19 der Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV) hat die Werkleitung den Oberbürgermeister, den Werkausschuss sowie das Finanzreferat über die Abwicklung des Vermögens- und des Erfolgsplanes, insbesondere die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Finanzplanes zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt anhand der Gewinn- u. Verlustrechnung (GuV) und der Übersicht über die Entwicklung des Vermögensplanes im Betrachtungszeitraum vom 01.01.2025 bis zum 30.06.2025. Der mit seinen Anlagen erstellte Zwischenbericht stellt somit eine Momentaufnahme zum 30.06.2025 dar und umfasst alle wesentlichen buchhalterischen Vorgänge zum Stichtag.

a. Abwicklung Erfolgsplan

Das Zwischenergebnis zum 30.06.2025 mit -634 Tsd. Euro liegt zum Stichtag mit -168 Tsd. Euro unter dem im Wirtschaftsplan prognostizierten Jahresendergebnis von -466 Tsd. Euro zum 31.12.2025. Mitberücksichtigt, ausgewiesen in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen, sind bereits die Bildung von Rückstellungen aus Gebührenüberschüssen der Bereiche Abfallwirtschaft in Höhe von 917 Tsd. Euro und der Straßenreinigung in Höhe von 132 Tsd. Euro, die zum Stichtag bekannt sind. Diese kommen zum Jahresabschluss zum Tragen, beeinflussen aber das Ergebnis im Wesentlichen, so dass diese in der Gewinn- und Verlustrechnung Platz finden. Im Weiteren können aufgrund des unvorhersehbaren Witterungsverlaufes und den damit verbunden Auswirkungen, unter anderem in den Bereichen Stadtgrün und Winterdienst, noch keine Prognose zum weiteren Jahresverlauf gegeben werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 wurde im Planansatz mit einem Pauschalzuschuss von 15.321 Tsd. Euro kalkuliert. Aufgrund der weiter anhaltenden angespannten Haushaltssituation wurde dieser für das Wirtschaftsjahr 2025 um 155 Tsd. Euro, auf 15.166 Tsd. Euro pauschal gekürzt. Basis für diese Kürzung bildet das im April 2025 durch den Stadtrat verabschiedete Haushaltskonsolidierungskonzept. Die beschlossenen Maßnahmen werden über alle Bereiche im EB77 umgesetzt. Im Weiteren werden Investitionen und kostenintensive Maßnahmen auf Ihre Notwendigkeit geprüft und nur realisiert, wenn diese erforderlich sind.

Zusätzlich negativ auf die Umsatzerlöse wirken sich die Sparmaßnahmen der Stadt auf den Bereich der Werkstätten aus. In den Ämtern der Stadtverwaltung werden weiterhin nur die notwendigsten Arbeiten und Reparaturen an und in den Dienstgebäuden in Auftrag gegeben. Dies bedingt, dass die Reparaturaufträge ausbleiben und bei den Handwerkern, Malern, Schreinern und Schlossern Leerlauf-Zeiten ohne externe Beschäftigung entstehen. Anfallende Personalkosten können somit nicht weiterverrechnet werden und verbleiben zum größten Teil im EB77.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen enthaltenen Positionen für Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus Kostenüberdeckungen aus dem Bereich der Abfallwirtschaft (AW) und der Straßenreinigung (StrReinigung). Diese wirken sich mit -866 Tsd. Euro (32 Tsd. Euro StrReinigung und -918 Tsd. Euro AW) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Die Kostenüberdeckungen ergeben sich aus der Differenz zwischen der Kalkulation von Hausmüll- und Gewerbemüllgebühren und den tatsächlichen Aufwendungen für die erbrachten Leistungen. Die Differenz wird im weiteren Geschäftsverlauf in der Gebührenfortschreibung berücksichtigt und be- bzw. entlastet den jeweiligen Gebührenbereich.

Der Tarifabschluss für 2025 sieht eine Lohnsteigerung von 3%, aber mindestens 110 Euro, rückwirkend zum April 2025 vor. Diese tarifliche Lohnsteigerung ist im Planansatz für 2025 im Personalaufwand mitberücksichtigt und kommt ab August rückwirkend zum Tragen. Im Weiteren soll der Personalaufwand im EB77 durch einen geplanten Abbau von Urlaubstagen zum Jahresende reduziert werden. Eine entsprechende interne Anordnung ist ergangen.

Die im Wirtschaftsplan angesetzten Abschreibungen kommen in der ersten Jahreshälfte noch nicht voll zum Tragen. Aufgrund von Sparmaßnahmen und langen Lieferzeiten wurden Investitionen in Sachanlagen nochmals zurückgestellt, beziehungsweise erst in der zweiten Jahreshälfte 2025 dem Anlagevermögen zugeführt.

b. Abwicklung Vermögensplan

Die Investitionen in Sachanlagen liegen zum 30.06.205 unter dem Planansatz. Im Wesentlichen beruhen diese auf Kreditermächtigungen aus den Vorjahren und werden bei Auslieferung durch den EB77 mit vorhandenen Eigenmitteln zwischenfinanziert. Insbesondere bei der Beschaffung von Spezial- und Sonderfahrzeugen ist weiterhin von einer sehr langen Lieferzeit mit bis zu zwölf Monaten und mehr auszugehen. Somit könnten der Zugang und auch der Mittelbedarf für die in 2025 geplanten Investitionen erst in 2026 zum Tragen kommen.

Aus den Zuschlagserteilungen werden in 2025 die Auslieferung eines Teleskop-Radladers mit 119 Tsd. Euro und ein Lastkraftwagen mit Abrollpritsche mit 214 Tsd. Euro erwartet. Zusätzlich wird die Errichtung eines Solarcarports mit Energiespeicher mit 137 Tsd. Euro und die Sanierung und Erweiterung der Entwässerung in der Kompostierungsanlage fertiggestellt werden. Bis dato nicht begonnen ist die Erneuerung der Schließanlage mit einem geplanten Aufwand von 120 Tsd. Euro. Nach Lieferung der Komponenten durch den Hersteller, wird der Einbau zum größten Teil durch Eigenleistung erfolgen, um die Werkstätten vorübergehend auszulasten.

Bedingt durch das Aussteuern von defekten Kunststoff-Müllbehältern, liegen die Abgänge aus dem Anlagevermögen zum 30.06.2025 über den Planansatz 2025. Das Aussteuern bedingt die Nachbeschaffung von Müllbehältern, so dass sich die Beschaffung in den Aufwendungen zeigen wird.

Der Investitionszuschuss zum 30.06.2025 mit 52 Tsd. Euro beinhaltet die Errichtung einer Kompostteeanlage mit 49 Tsd. Euro und zwei Elektrofahrräder mit 3 Tsd. Euro.

Entsprechend des Finanzierungsbedarfes von Investitionen in Sachanlagen und der Sicherstellung der Liquidität im EB77 könnten zur bestehenden Kreditaufnahme von 3.500 Tsd. Euro, weitere Kredite aus den Kreditermächtigungen in Höhe der Investitionen in Anspruch genommen werden.

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Auf Wunsch der Stadträtin Frau Linhart wird diese Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben. Hierüber besteht Einvernehmen. Die Stadträtin Frau Linhart regt an, dass der EB 77 den Fachämtern zur besseren Planbarkeit Kostenvoranschläge sowie einen festen Zeitrahmen für die Ausführung zukommen lässt. Die Verwaltung sagt dies zu.

Ergebnis/Beschluss:

Der Zwischenbericht der Verwaltung dient zur Unterrichtung und Kenntnisnahme.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10

771/029/2025

EB 77: Feststellung des Jahresabschlusses 2024 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)

1. Ergebnis/Wirkungen

Vollzug der zugrundeliegenden Rechtsnormen, insbesondere

- Gemeindeordnung Bayern (GO)
- Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV)
- Betriebssatzung für den EB 77

Der Jahresabschluss 2024 des EB 77 wurde gem. § 25 EBV im Juni 2025 aufgestellt.

Er enthält

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Lagebericht
- Anlage: Erfolgsübersicht nach Geschäftsbereichen

Die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2024 erfolgte gem. Beschluss des Stadtrats durch die Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH (in der die Kanzlei Dr. Storg GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft aufgegangen ist) und wurde im Juli 2025 durchgeführt.

Der Bestätigungsvermerk wurde für den Jahresabschluss 2024 vollinhaltlich erteilt (s. Anlage).

Die finanzielle Lage des EB 77 hat sich im Wirtschaftsjahr 2024 weiter verschlechtert. Dies resultiert auch durch die allgemeine schlechte Haushaltssituation der Stadt, was zu pauschalen Kürzungen bei der Erlöspauschale geführt hat. Dies macht sich vor allem im Bereich Stadtgrün bemerkbar. Hinzu kommt weiterhin die Problematik bei Rückstellungen. Die erstmals im Jahr 2023 gebildete Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus Erlösbeteiligung der Verwertungsgewinne durch die gemeinsame Sammlung und Verwertung von Papier und Kartonagen mit der DSD GmbH ist mangels eines Verhandlungsabschlusses noch einmal auf TEUR 419 erhöht worden. Dies ist auch in 2024 ergebniswirksam. Daneben haben sich die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen bei den Abfall- und Straßenreinigungsgebühren erhöht.

Diese Faktoren waren die maßgeblichen Umstände für das Jahresergebnis von – 1.552.619,89 €, welches nicht mehr vollständig durch Gewinne aus den Vorjahren abgedeckt werden konnte und somit zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von TEUR 821 (VJ TEUR 0) im Jahr 2024 führte. § 8 EBV sieht einen Ausgleich durch Haushaltsmittel der Stadt vor, wenn der Verlust 2024 nicht innerhalb von fünf Jahren durch neue Gewinne ausgeglichen werden kann.

Die örtliche Rechnungsprüfung wird durch Amt 14 durchgeführt. Die Vorlage des Berichts erfolgt im Revisionsausschuss am 18. November 2025.

Der geprüfte Jahresabschluss 2024 soll gem. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 6 Abs. 1 der Betriebssatzung vom Stadtrat in der Sitzung am 27. November 2025 festgestellt und Entlastung erteilt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

- Feststellung des Jahresabschlusses
- Erteilung der Entlastung gem. § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung

(Werkleitung und Oberbürgermeister)

- Entscheidung über die Ergebnisverwendung

3. Prozesse und Strukturen

- Begutachtung im Werkausschuss für den EB 77 am 14. Oktober 2025
- Behandlung im Revisionsausschuss am 18. November 2025
- Beschlussfassung / Feststellung im Stadtrat am 27. November 2025

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen

Siehe Prüfbericht der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Herr Dr. Storck erläutert kurz den Jahresabschluss 2024 des EB 77. Die Beirätin Frau Simon fragt an, inwiefern die Mehrkosten im Bereich Stadtgrün auf Klimaanpassungsmaßnahmen zurückgeführt werden können. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Den Stadtrat Herrn Wening interessiert der Zuwachs an Flächen, der durch die Abteilung Stadtgrün gepflegt werden muss und den dadurch entstandenen Mehraufwand. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Ergebnis/Beschluss:

Der Jahresabschluss des EB77 für das Wirtschaftsjahr 2024 wird gem. § 25 EBV (Eigenbetriebsverordnung Bayern) festgestellt und Entlastung wird (gem. § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung) erteilt.

Der von der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH (in der die Kanzlei Dr. Storg GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft aufgegangen ist) geprüfte Jahresabschluss 2024 weist in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Jahresergebnis von – 1.552.619,89 € aus.

Zusammen mit dem Gewinnvortrag des Vorjahres i.H.v. 441.791,95 € ergibt sich damit ein Ergebnis i.H.v. - 1.110.827,94 €. Es wird beschlossen, dieses Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 11

Anfragen Werkausschuss EB77

TOP

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat:

TOP 12

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 12.1 VI/279/2025

Bearbeitungsstand Fraktionsanträge

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im

Zuständigkeitsbereich des UVPA auf. Sie enthält Informationen der Amtsbereiche, für die der UVPA der zuständige Fachausschuss ist. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im

Zuständigkeitsbereich des UVPA auf. Sie enthält Informationen der Amtsbereiche, für die der UVPA der zuständige Fachausschuss ist. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 12.2 — 610.3/083/2025

Jahresbericht 2022/2023/2024 zu den Stadterneuerungsgebieten - Broschüre Nr. 18

Der Jahresbericht zur Entwicklung der Stadterneuerungsgebiete in Erlangen dient neben der Öffentlichkeitsarbeit auch der Dokumentation gegenüber den Fördergebern. Im Bericht werden die vielfältigen Maßnahmen vorgestellt, die insbesondere unter Inanspruchnahme der Städtebauförderung im Rahmen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ sowie des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms umgesetzt werden konnten. Der Jahresbericht erschien zuletzt alle zwei Jahre und umfasst mit dem nun vorliegenden Jahresbericht einen Berichtszeitraum von drei Jahren.

Dieser Jahresbericht 2022 - 2024 dokumentiert die Arbeit der Stadterneuerung Erlangen der vergangenen drei Jahre. In diesem Zeitraum konnten zahlreiche kleine und große Projekte vorangebracht werden. Zu den großen Projekten zählen der kubic (bisheriger Arbeitstitel: Kultur- und Bildungscampus Frankenhof) und das BBGZ (Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum). Die gute Haushaltslage der Stadt Erlangen in den vergangenen Jahren sowie die finanzielle Unterstützung von Bund und Freistaat Bayern im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ haben die Realisierung dieser Projekte ermöglicht. Die prekäre Haushaltslage der Stadt Erlangen seit Mitte 2024 hat jedoch vieles verändert. Für die zügige Entwicklung der Stadterneuerungsgebiete bedeutet dies einen großen Einschnitt. Wichtige Projekte können vorerst nicht weiter auf den Weg gebracht werden. Somit können beispielsweise die Stadtteilschule Büchenbach-Nord, die Umgestaltung der Theodor-Heuss-Anlage oder der Zollhausplatz als Klimaplatz erst angegangenen werden, wenn es der Stadt Erlangen finanziell wieder möglich ist. Doch die im Jahresbericht genannten Erfolge bleiben wirksam.

Der Jahresbericht 2022/2023/2024 wurde der Mitteilung zur Kenntnis als digitaler Anhang beigefügt und wird im Hinblick auf nachhaltiges Handeln nur in digitaler Form weitergegeben. Unter folgenden Link ist der Jahresbericht auf der städtischen Internetseite abrufbar:
https://erlangen.de/aktuelles/jahresberichte-stadterneuerung

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Auf Wunsch der Beirätin Frau Fuchs wird diese Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben. Hierüber besteht Einvernehmen.

Alle Rückfragen werden direkt beantwortet.

Ergebnis/Beschluss:

Der Jahresbericht 2022/2023/2024 der Verwaltung zur Entwicklung der Stadterneuerungsgebiete in Erlangen dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Auf Wunsch der Beirätin Frau Fuchs wird diese Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben. Hierüber besteht Einvernehmen.

Alle Rückfragen werden direkt beantwortet.

Ergebnis/Beschluss:

Der Jahresbericht 2022/2023/2024 der Verwaltung zur Entwicklung der Stadterneuerungsgebiete in Erlangen dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 12.3 — 613/350/2025

Sachstand Umsetzung Gestaltungsleitfaden Fahrradstraßen in der Damaschkestraße und der Michael-Vogel-Straße, hier: Anfrage Grüne Liste vom 13.03.2024

In den beiden bestehenden Fahrradstraßen Damaschkestraße und Michael-Vogel-Straße sollen gemäß vorliegender Beschlusslage die Leitlinien des Gestaltungsleitfadens Fahrradstraßen umgesetzt werden. Hierfür soll unter anderem das Fahrbahndeckenerneuerungsprogramm (FBDE) genutzt werden.

Sachstand Damaschkestraße:

In der Damaschkestraße wurde die Fahrbahndeckenerneuerung durchgeführt. Die Markierung gemäß Gestaltungsleitfaden wurde dabei noch nicht umgesetzt. Dies liegt darin begründet, dass es im gesamten Siedlungsgebiet unterschiedlichste Ansprüche an den vorhandenen öffentlichen Raum gibt, welche einen hohen Planungsaufwand insbesondere für die Neuordnung des ruhenden Verkehrs bedeuten. Dies war im Zuge des FBDE mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich. Die Verwaltung sieht die Weiterentwicklung der Fahrradstraße Damaschkestraße, die eine hohe Netzbedeutung hat, im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Schallershofer Straße sowie der Mobilität im gesamten Siedlungsgebiet. Der Planungsbeginn unter Beteiligung des Stadtteilbeirates und der Öffentlichkeit ist ab Q2 2026 vorgesehen.

Sachstand Michael-Vogel-Straße:

In der Michael-Vogel-Straße wurde die Fahrbahndeckenerneuerung nur zwischen Am Anger bis etwa auf Höhe des städtischen Kindergartens durchgeführt. Aus diesem Grund hätten kaum Synergieeffekte zur Markierung gemäß Gestaltungsleitfaden genutzt werden können. Die Michael-Vogel-Straße ist Teil der Radschnellverbindung Erlangen-Herzogenaurach und wird im Zuge dessen überplant und umgesetzt. Der Stadtteilbeirat ist und wird über die Planungen fortlaufend informiert.

Generell ist anzumerken, dass der Gestaltungsleitfaden Fahrradstraßen aktualisiert werden muss, was unter anderem an den aktuellen Entwicklungen der Richtlinien liegt (vgl. 613/312/2024). Eine Umsetzung des Gestaltungsleitfadens wird daher auch sinnvollerweise erst nach seiner Aktualisierung erfolgen.

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Auf Wunsch der Beirätin Frau Fuchs wird diese Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben. Hierüber besteht Einvernehmen. Der Beirat Herr Brock berichtet, dass die Randmarkierungen in der Pommernstraße bereits nach kurzer Zeit kaum mehr vorhanden sind und bei künftigen Markierungen stärker auf die Ausführungsqualität geachtet werden soll.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Auf Wunsch der Beirätin Frau Fuchs wird diese Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben. Hierüber besteht Einvernehmen. Der Beirat Herr Brock berichtet, dass die Randmarkierungen in der Pommernstraße bereits nach kurzer Zeit kaum mehr vorhanden sind und bei künftigen Markierungen stärker auf die Ausführungsqualität geachtet werden soll.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 12.4 — 66/282/2025

Haushaltsentwurf 2026 - Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 bis 2029 des Amtes 66; Ergebnisse der Einigungsgespräche mit Ref II zum Verwaltungsentwurf

Auf Grund der konkreten Vorgaben zur maximalen Investitionshöhe des Amtes 66 aus den Einigungsgesprächen mussten am Investitionsprogramm des Amtes 66 gegenüber der ursprünglichen Planung Änderungen vorgenommen werden.

Insbesondere bei den folgenden Projekten konnten beschlossene Mittelanmeldungen nicht berücksichtigt werden. Die Finanzierung der nachfolgenden Maßnahmen ist im aktuellen Investitionsplan erst als Merkposten, d.h. ab 2030 vorgesehen.

Verbreiterung des Geh-/Radweges in der Fürther Straße und Eltersdorfer Straße IVP 541.420

Die Entwurfsplanung wurde im BWA Vorlage Nr. 66/236/2024 beschlossen. Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind die notwendigen Mittel nur als Merkposten (ab 2030) eingeplant. Eine Umsetzung des Projektes ist somit bis auf weiteres nicht möglich, da die Beantragung von Fördermitteln bereits im Sommer des Vorjahres mit zumindest geplanten Investitionsmitteln der Folgejahre erfolgen muss.

Ausbau und Umbau der Brückleinsgasse IVP 541.425

Aufgrund der fortgeschrittenen Bebauung und der unzureichenden Situation der vorhandenen Verkehrsfläche ist ein Ausbau entsprechend des Bebauungsplans T 260 dringend geboten. Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel nur als Merkposten (ab 2030) eingeplant.

Umgestaltung der Johann-Jürgen-Straße IVP 541.428

Die fortschreitende Verschlechterung des Straßenzustandes und der sich aus den Maßnahmen zur beschlossenen Baumentsiegelung ergebende Eingriff erfordert einen gesamtheitlichen Um- und Ausbau der Verkehrsflächen. Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel nur als Merkposten (ab 2030) eingeplant.

Ersatzneubau der Treppenanlage Böttigersteig IVP 541.435

Die Treppenanlage verbindet den Pfaffweg mit Zugang über die Burgbergstraße zur Böttigerpromenade. Der Zustand der Treppenanlage ist nicht mehr verkehrssicher und die Wegeverbindung muss für den

Verkehr gesperrt werden. Ein Ersatzneubau ist erforderlich, vgl. BWA Vorlage Nr. 66/271/2025. Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel nur als Merkposten (ab 2030) eingeplant.

Erschließungsmaßnahmen IVP 541.500

Als Resterschließung gemäß Bebauungsplan T 249 ist eine Maßnahme in der Erschließungsstraße „Forsthut“ im Jahr 2027 eingeplant und im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 mit Mitteln hinterlegt.

Für weitere notwendige Maßnahmen sind im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 Mittel aber nur als Merkposten (ab 2030) eingeplant. Dies sind zum einen der Ausbau des „Hirtenganges“ als neuer befestigter Erschließungsweg in Neuses, vgl. Beschluss UVPA Vorlage Nr. 613/254/2023 sowie der Ausbau der Wegeverbindung zwischen Gustav-Hauser-Straße und Umhausener Weg gemäß Bebauungsplan BP 191

Maßnahmen an Fuß- und Radwegen IVP 541.840, Ausbau des Radwegenetzes IVP 541.841, Infrastruktur Radverkehr IVP 541.8411

Über diese IVP-Nrn. werden Maßnahmen zur Ergänzung, Verbesserung und Erneuerung des bestehenden Fuß- und Radwegenetzes finanziell abgewickelt; dazu zählen auch die Fahrradroutenbeschilderung, der Ausbau von Vorfahrtsberechtigungen für Radwegachsen oder die Umgestaltung zu Fahrradstraßen.
Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel eingeplant, allerdings in gekürztem Umfang. Die Umsetzung der Prioritätenliste wird dadurch verzögert.

Fahrradabstellanlagen IVP 546.460

Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel eingeplant, allerdings in gekürztem Umfang. Die Umsetzung der Infrastrukturkampagne „1000 Fahrradbügel für die Innenstadt / Gesamtstadt“ oder der Ausbau der Mobilpunkte im Rahmen des Zukunftsplans Fahrradstadt wird dadurch verzögert.

Gehweg unter Passerelle Westl. Stadtmauerstraße IVP 541.868

Durch die Veränderung der Verkehrs- und Hochbauanlagen ist eine Umgestaltung des Gehweges unterhalb der ehemaligen Passerelle „Greinersteg“ notwendig. Die bauliche Umsetzung sollte im Jahr 2026 erfolgen. Im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2026 sind Mittel als Merkposten (ab 2030) eingeplant.

Maßnahmen aus der Projektkategorie Soziale Stadt bzw. der Stadterneuerung IVP 541S.xx

Mit Ausnahme des dritten und letzten Bauabschnittes der Straßenraumumgestaltung Housing Area sind weitere Projekte (Egidienplatz, Zollhausplatz, etc.) aus dem Bereich Soziale Stadt bzw. Stadterneuerung im aktuellen Investitionsprogramm nicht finanziert.
Im Bereich der Stadterneuerung läuft die Städtebauförderungen in den beiden Sanierungsgebieten Ende 2031 aus. Um Fördermittel aus diesem Programm in Anspruch nehmen zu können, müssen die jeweiligen Maßnahmen bis 2031 abgeschlossen sein.

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP

Empfehlungen/Gutachten/Beschlüsse:

TOP 13 VI/282/2025

Bericht zum Planungsstand des Zweckverbandes

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Frau Guttzeit, Herr Hankele und Herr Große-Verspohl vom Zweckverband StuB haben den Bericht zum derzeitigen Planungsstand vorgetragen.

Alle Rückfragen wurden direkt beantwortet.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht zum Planungsstand des Zweckverbandes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Frau Guttzeit, Herr Hankele und Herr Große-Verspohl vom Zweckverband StuB haben den Bericht zum derzeitigen Planungsstand vorgetragen.

Alle Rückfragen wurden direkt beantwortet.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht zum Planungsstand des Zweckverbandes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 14

VI/280/2025

Städtebauliche Folgekosten durch den Bau der StUB – Anfrage der CSU-Stadtratsfraktion, der Stadträte der FDP und der FWG

Die veröffentlichte Kostenschätzung zur Vorplanung stammt aus dem Jahr 2023 und spiegelt den dann vorliegenden Planungsstand zum Preisstand 2022 wieder. Der Eigenanteil der Stadt Erlangen betrifft den Anteil an der StUB. Die genannten Zahlen sind soweit zutreffend.

Die bereits verausgabten Mittel reduzieren den Anteil der Stadt Erlangen um ca. 29 Mio. € (Stand August 2025) auf verbleibende 53 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Erlangen beinhaltet die Planungs- sowie Baukosten und verteilt sich damit auch über die gesamte Projektdauer.

Beim Bau der Stadt-Umland-Bahn müssen im Wesentlichen im bestehenden Straßenraum Gleise verlegt werden. Die Planung des Gesamtprojekts ist seit 2016 weit fortgeschritten, so dass im Vergleich zum Zeitpunkt des Einstiegs in das Projekt deutlich mehr Klarheit über die Kosten und über die Förderung durch Bund und Land herrscht. Finanzielle Risiken sind auf diese Weise im Vergleich zum Beginn der Planung deutlich reduziert worden.

In der Kostenschätzung der StUB ist ein Risikopuffer in Höhe von 20 % der Baukosten eingeplant, wobei die Kosten für Baustelleneinrichtung nicht enthalten sind. Der Risikopuffer beträgt damit 100,5 Mio. Euro (Preisstand 2022).

An der Strecke der StUB gibt es drei komplexere Bauwerke: die Güterhallenunterführung, die Unterführung der A73 und die Wöhrmühlbrücke. Auch hier ist die Planung zwar nicht fertiggestellt, aber schon so weit fortgeschritten, dass Aufwand und Kosten überblickt werden können. Zusammengenommen kosten die Bauwerke 76,6 Millionen Euro (Preisstand 2022).

Der Zweckverband hat das Ziel, planerische Unwägbarkeiten zu minimieren und ein möglichst großes Maß an Kostensicherheit zu erreichen und hat dazu verschiedene Mechanismen in sein Handeln integriert. Unter anderem wurden und werden während der Planungsphase vertiefte Betrachtungen wie bspw. Baugrunduntersuchungen vorgenommen. So wurden 2023 im Bereich der künftigen Pfeiler der Wöhrmühlbrücke umfangreiche Probebohrungen im Regnitzgrund durchgeführt.

Angesichts der vglw. geringen Komplexität, der fortgeschrittenen Planung und der Maßnahmen zur Erhöhung der Kostensicherheit ist der Puffer in Höhe von 20% der Baukosten sehr weitgehend. Auf Ebene der einzelnen Baumaßnahmen liegt es aber in der Natur der Sache, dass es Abweichungen nach oben und unten geben kann, entscheidend ist aber, dass am Ende die Summe der Abweichungen nur einen Wert zwischen 0 und 20% über dem Wert der Kostenschätzung vor Hinzurechnung der Puffer liegen sollte. Im übrigen sind Mehrkosten, selbst wenn sie entstehen, förderfähig, solange der Nutzen-Kosten-Faktor über 1,0 liegt. Der Wert liegt aktuell – mit dem Risikopuffer auf der Kostenseite – bei 2,0.

Daneben verfolgen der Zweckverband und die drei Städte selbstverständlich das Ziel, für korrekt zugeordnete Kostenanteile die bestmöglichen Förderszenarien zu ermitteln und auszuarbeiten. Daher steht

der Zweckverband kontinuierlich mit der Regierung von Mittelfranken in Kontakt. Mit Blick auf die Wöhrmühlbrücke und die Güterhallenunterführung hat sie grundsätzlich bestätigt, dass die Busmitnutzung unabhängiger Bahnkörper, wie auf der Wöhrmühlbrücke und bei der Güterhallenunterführung vorhanden, förderunschädlich ist, soweit sich die Nutzung auf Busse des Nahverkehrs beschränkt, und dass bei der Bundesförderung nur spezielle Einbauten für den Bus herausgenommen würden (die dann separat vom Freistaat gefördert werden könnten). Da die Befahrbarkeit für Kraftfahrzeuge auch für den Betriebsdienst und den Havariefall vorgesehen ist, werden aufgrund der Busmitnutzung auch keine wesentlichen zusätzlichen Kosten erwartet.

Der Zweckverband hat alle Leitungen entlang der Strecke erhoben. Ein Abgleich mit den ESTW-Versorgungsleitungen ist erfolgt, so dass abzusehen ist, in welchem ungefähren Umfang Rohrleitungen der ESTW (Wasser-, Gas-, Fernwärmeleitungen) angepasst werden müssen. Aktuell fand das Auftaktgespräch mit dem kürzlich beauftragten Planer auf Basis der Umsetzungsvereinbarung zwischen ZV StUB und ESTW zur Durchführung der Planungsphasen für die Kabel- und Leitungsumverlegungen statt. Die konkreten Planungen stehen noch ganz am Anfang.

Grundsätzlich liegen Leitungen oftmals im Gehweg, sind also von der StUB nicht betroffen. Wenn Leitungen in der Straße liegen, liegen sie in der Regel so tief, dass sie weder durch den Straßenverkehr noch durch die StUB beschädigt werden. Leitungen müssen insbesondere dort angepasst werden, wo sie längs unter der Strecke der StUB verlaufen oder wo oberirdische Schächte/Schieber im Gleisbereich der StUB liegen. Das ist an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet, bspw. in Tennenlohe, im Stadtsüden im Bereich der Friedrich-Bauer-Straße und der Südkreuzung der Fall, aber auch in der Innenstadt wie zum Beispiel im Bereich der Henkestraße und der Bahnunterführung, wo die Verlegungen aus Sicht der ESTW aufwändig sein werden. Insgesamt sind ca. 700 Leitungen und Kabel-Kollisionen in Längsverlegungen und Querungen mit einer Gesamtlänge Rohrleitungen von ca. 6,5 km und Kabel einschließlich Leerrohre ca. 14,5 km betroffen.

Bei Versorgungsleitungen ist zu unterscheiden zwischen Anpassungen, die aufgrund des StUB-Baus erforderlich sind und Maßnahmen, die sinnvollerweise gleichzeitig erledigt werden, aber nicht unmittelbar durch den Bau der StUB bedingt sind.

Wenn Versorgungsleitungen für den Bau der StUB umgebaut werden müssen, dann sind diese Kosten den regelmäßigen Projektkosten des StUB-Projektes zuzurechnen. StUB-bedingte Leitungsmaßnahmen unterliegen der Kostenteilung des Zweckverbands und werden im normalen Umfang gefördert, abzüglich eines Vorteilsausgleichs.

Wenn Versorgungsleitungen erneuert werden und dies aus einem eigenen Interesse des jeweiligen Versorgungsträgers erfolgt, ist der jeweilige Versorgungsträger zuständig. Die Entscheidung über diese Leitungsverlegungen trifft das jeweilige Versorgungsunternehmen. Für Leitungsmaßnahmen sind insgesamt (in allen drei Städten) 52,7 Mio. Euro bereits in den geschätzten Baukosten der StUB enthalten. Nicht enthalten sind die veranschlagten (geschätzten) 1,2 Mio. Euro Planungskosten, die von den ESTW wie bei städtischen Projekten üblich vereinbarungsgemäß (gemäß Konzessionsvertrag) getragen werden sollen.

Eine Platzumgestaltung ist ein eigenes Projekt. An den Arcaden oder am Langemarckplatz beispielsweise wird die StUB-Trasse gebaut und die weiteren Planungen für Plätze und Straßen orientieren sich daran. Es handelt sich bei Platzumgestaltungen nicht um Projekte, die sich verpflichtend aus der Stadt-Umland-Bahn ergeben. Vielmehr handelt es sich um städtebauliche Weiterentwicklungen, die im Bedarfsfall und abhängig

von vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen von der Stadt Erlangen initiiert werden können, weil sie sinnvoll sind und der betroffene Bereich im Zuge der Realisierung der StUB ohnehin baulich verändert wird.

Über die Initiierung und Planung von städtebaulichen Maßnahmen entscheidet immer der Stadtrat der Stadt Erlangen. Ein Beispiel aus der Vergangenheit war die Frage der Breite der Rad- und Gehweganteile der Unterführung der A73. In welchem Ausmaß die Neugestaltung im Bereich Arcaden oder auch am Langemarckplatz erfolgt und welche Ressourcen dafür bereitgestellt werden, entscheidet der Stadtrat zu gegebener Zeit. Konkrete Kosten für derartige künftige städtebauliche Umgestaltungen können Stand heute nicht angegeben werden.

Grundsätzlich müssen mit dem Bau der StUB bestehende Verkehrsanlagen im bisherigen Qualitätsstandard im Rahmen und zu Lasten des Projektes StUB wiederhergestellt und angepasst werden. Wenn die Stadt Erlangen darüber hinausgehende Wünsche hat, sind diese durch die Stadt Erlangen zu finanzieren. Einzelne Anpassungen im Straßennetz, u.a. im Bereich Arcaden, stehen an – diese sind dem Stadtrat aber bereits bekannt. Derartige Entscheidungen werden regelmäßig im Rahmen der politischen Beteiligung getroffen.

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 15 VI/281/2025

Zusammenarbeit mit dem Zweckverband StUB; hier: Informationsfluss und Zurverfügungstellung von Unterlagen; Fraktionsantrag Nr. 080/2025 der CSU-Fraktion

Transparenz und Beteiligung gehören zu den wichtigsten Kommunikationszielen des Zweckverbands. Der Zweckverband geht dabei weit über das hinaus, was rechtlich vorgeschrieben ist.

Zur Kommunikation mit den Stakeholdern und der Öffentlichkeit wurde bei Planungsbeginn der StUB das Dialogforum eingerichtet, ergänzt um Lokalforen und Onlineformate für spezifische Themen. Seit Jahren beteiligt der Zweckverband darüber hinaus in allen drei Städten intensiv Vereine und Verbände (Umweltverbände, Verkehrsverbände, Behindertenverbände, Wirtschaftsverbände, Vorstadt- und Bürgervereine, Ortsbeiräte etc.) an der Planung. Ziel ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit durch regelmäßige Informationen zum Stand der StUB und die gemeinsame Entwicklung von Lösungen zu spezifischen Problemstellungen in einem geschützten Rahmen.

Der Zweckverband hält sich an die Vorgaben des BayUIG und veröffentlicht wesentliche neue Erkenntnisse (z.B. neuer NKI und dessen Relevanz für Entscheidung zur Regnitzquerung) regelmäßig. Auf der Webseite sind Dokumentationen mit den Inhalten von Dialog- und Lokalforen verfügbar. Einzelne Dokumente stehen aufgrund der Größe und Komplexität nur per Einsicht zur Verfügung, Termine sind aber kurzfristig möglich. Damit kann vermieden werden, dass Missverständnisse aus komplexen Sachverhalten entstehen. Im Rahmen der Einsicht haben Mitarbeiter des Zweckverbands Gelegenheit, Missverständnisse direkt auszuräumen.

Mit der Gründung des Zweckverbands haben die drei beteiligten Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach die Aufgaben Planung, Bau und Betrieb der Stadt-Umland-Bahn an den Zweckverband abgetreten. Der Antrag betrifft Geschäftsordnungsfragen des Zweckverbands Stadt-Umland-Bahn Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach und seiner Gremien. Der Zweckverband hat dennoch zu den aufgeworfenen Fragen Stellung genommen, zumal ein Teil der Punkte als erledigt betrachtet werden darf.

Nach Beteiligung der relevanten Zweckverbandsgremien hat der Zweckverband entschieden, Sitzungsunterlagen zu öffentlichen Sitzungen des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung künftig im Nachgang auf der Webseite veröffentlichen. Die Veröffentlichung startete bereits im Nachgang der Sitzungen von Verbandsausschuss und Verbandsversammlung am 1.10.2025.

Der Stadtrat ist kein Gremium des Zweckverbands. Nicht-öffentliche Sitzungsunterlagen der Gremien können weiterhin nicht zur Verfügung gestellt werden. Sie stehen ausschließlich den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung und es gelten die üblichen Verschwiegenheitspflichten analog zum Stadtrat. Eine Einsichtnahme ist nicht möglich.

Unterlagen, die sich auf nicht veröffentlichte, aber fertiggestellte Informationen im Rahmen des BayUIG beziehen, können auf Nachfrage im Zweckverband eingesehen werden. Dazu muss ein schriftlicher Antrag an den ZV erfolgen. Im Einzelfall kann entschieden werden, ob eine Unterlage auch per Mail versendet werden kann. Häufig ist dies aus Gründen der Dateigröße, des Vorhandenseins persönlicher Daten (z.B. Eigentümerdaten zu Flurnummern, Betroffenheiten) nicht so einfach möglich, weshalb der Zweckverband jederzeit für gemeinsame Einsichten zu konkreten Fragestellungen zur Verfügung steht. Auf Anfrage wird wohlwollend geprüft, ob eine Schwärzung sensibler Daten möglich ist und die Unterlage versendet werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, werden die Gründe erläutert und ein gemeinsames Gespräch angeboten.

Alle Stadtratsfraktionen aus allen Mitgliedsstädten sind im Dialogforum mit fest benannten Mitgliedern vertreten und diese erhalten Einladungen zu allen festen Veranstaltungen. Zudem sind die Veranstaltungen öffentlich und werden in der Regel von Medienvertretern begleitet. Aus Sicht des Zweckverbands ist damit eine ausreichende Informationsweitergabe an die Stadträte gewährleistet und kein Bedarf für separate Berichte gegeben. Der Zweckverband StUB ist anlassbezogen mehrmals im Jahr in den Gremien der Städte zu Gast und nutzt dabei regelmäßig die Gelegenheit, zu Einzelaspekten oder dem Gesamtprojektstand zu berichten. Dabei werden auch Ergebnisse aus den Beteiligungsformaten aufgegriffen

Daneben haben sich aus dem Gesprächsbedarf einzelner Stakeholdergruppen auch direkte Gesprächsrunden ergeben, die einzelne Themenkreise vertieft besprechen. Hier geht es auch darum, dass die Stakeholder die Möglichkeit bekommen, vertrauliche Inhalte mit dem Zweckverband zu besprechen, z.B. unternehmensspezifische Fragen. Ziel dieser Gespräche ist es, im vertrauten Rahmen Problemstellungen aufzunehmen und gemeinsam in einem kooperativen Prozess Lösungsstrategien zu entwickeln. Solche vertraulichen Gespräche müssen weiterhin möglich sein. Der Zweckverband bietet an, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte auch auszugsweise allgemein über die Themen zu berichten, die in den Stakeholderterminen besprochen wurden (z.B. Maßnahmen zur Optimierung der Bauzeit).

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag 080/2025 der CSU-Fraktion ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag 080/2025 der CSU-Fraktion ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 9 gegen 0

TOP 16 I/007/2025

Abschaltung der Parkplatzbeleuchtung im Bereich der ehem. Housing Area; hier: Antrag der Grünen Liste Nr. 112/2022 vom 17.05.2022

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht sind nach der Rechtsprechung des BGH das Ergreifen solcher Maßnahmen erforderlich, die nach den Gesamtumständen zumutbar sind und die ein verständiger und umsichtiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für notwendig und ausreichend hält, um andere vor Schaden zu bewahren.
Daher muss ein Fußweg vom Parkplatz zum Haus für alle Personen, mit deren Nutzung des Weges gerechnet werden muss, also auch ältere, gebrechliche Menschen oder solche mit Sehschwächen, auch nach 23:00 Uhr sicher und zumutbar verwendet werden können.
Über die allgemeine Verkehrssicherungspflicht hinaus bestehen zudem auch mietvertragliche Schutzpflichten zugunsten der Mieter. Eine notwendige, aber fehlende Beleuchtung kann einen Mietmangel begründen.

Eine ausreichende Beleuchtung der Parkbereiche und der Zuwegungen zu den Hauseingängen ist somit notwendig, damit die GEWOBAU ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen kann, um z.B. Stolpergefahren weitgehend auszuschließen. Bei Dunkelheit gibt die aktuelle Beleuchtung für die

Mieterinnen und Mieter zudem ein zusätzliches Sicherheitsgefühl. Entsprechende Äußerungen aus der Mieterschaft bestätigen dies.
Daher wird die GEWOBAU die Beleuchtung auch nachts ab 23:00 Uhr nicht komplett abschalten.

Die Anlage wurde aber im Jahr 2023 mit einer DALI-Steuerung und einer Astrouhr ausgestattet. Somit lässt sich die Beleuchtung flexibel nach Dämmerungszeit und Jahresverlauf regeln. Eine Nachtabsenkung oder Reduzierung der Beleuchtungsstärke ist erfolgt.
Die Lichttemperatur wurde nach den städtischen Vorgaben für Straßenbeleuchtung ausgewählt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Jahr 2018 hat die GEWOBAU in den Bereichen Johann-Kalb- und Schenkstraße begonnen, die Bestandsgebäude umfassend zu sanieren und aufzustocken.
Dadurch war auch die Neuanordnung der Parkplätze in der gesamten Wohnsiedlung notwendig geworden, um die baurechtlichen Vorgaben für Feuerwehranfahrtszonen, Baumpflanzungen, Fahrrad- und Müllhäuser im Zuge der Gebäudeaufstockungen erfüllen zu können.
Für die Beleuchtung der Parkplätze haben die beauftragten Elektrofachplaner ein den Anforderungen entsprechendes Beleuchtungskonzept erstellt, das sukzessive je nach Bauabschnitt umgesetzt und im Frühjahr 2022 mit der Johann-Kalb-Straße 23-27 abgeschlossen wurde.
Eine ausreichende Beleuchtung der Parkbereiche und Zuwegungen ist notwendig, damit sich dort alle Bewohner sicher bewegen können.

Am 01.06.2022 fand mit der beauftragten Fachfirma ein Beleuchtungsmessungs- und Besichtigungstermin der Außenbeleuchtung in der Housing Area statt.
Als Ergebnis kann man festhalten, dass die Beleuchtungswerte prinzipiell unter den Empfehlungswerten der DIN EN 12464-1 für Beleuchtungsstärke im Außenbereich waren.

<u>Beleuchtungsstärke im Außenbereich, öffentliche Beleuchtung (DIN EN 12464-1):</u>

- Gehwege ausschließlich für Fußgänger: Em (mittlere Beleuchtungsstärke) = 5 lux
- Parkplätze mit mittlerem Verkehrsfluss: Em (mittlere Beleuchtungsstärke) = 10 lux

<u>Gemessene Werte (01.06.2022, Uhrzeit 22:30 Uhr):</u>

- Gehweg angrenzend an Beleuchtungsmasten: Em = 2-3 lux
- Gehweg gegenüberliegend der Beleuchtungsmasten: Em < 2 lux
- Parkplätze: Em = 7-9 lux

Die Lichtmasten sind mit energiesparenden LEDs bestückt, die eine Lichttemperatur von 3000 Kelvin haben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach Abschluss der Baumaßnamen der GEWOBAU stand bzw. stehen in der Housing Area noch die Umgestaltung der öffentlichen Straßenräume durch die Stadt Erlangen aus.
In diesem Zusammenhang hatte die GEWOBAU mit der Stadt Erlangen vereinbart, beide Beleuchtungskonzepte anzugleichen.
Angesicht der anstehenden Optimierungen der Beleuchtungsanlagen stand die GEWOBAU in Kontakt mit dem Tiefbauamt, um sich mit den Plänen der Stadt für das Gebiet abzustimmen und eine Lösung vorzubereiten bzw. umzusetzen, die später alle Möglichkeiten der Angleichung der Beleuchtungskonzepte bietet.

Zum Einsatz kommen moderne LED-Mastleuchten des Herstellers BEGA mit Dark-Sky-Eigenschaft. Das Licht wird gleichmäßig und hocheffizient auf die zu beleuchtende Fläche gerichtet; es wird kein Licht in den oberen Halbraum abgegeben. Eine nennenswerte Ausleuchtung angrenzender Gärten oder Wohnungen ist damit ausgeschlossen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Die Ausführungen der GEWOBAU werden zur Kenntnis genommen.
Der Antrag der Grünen Liste Stadtratsfraktion Nr. 112/2022 vom 17.05.2022 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Die Ausführungen der GEWOBAU werden zur Kenntnis genommen.
Der Antrag der Grünen Liste Stadtratsfraktion Nr. 112/2022 vom 17.05.2022 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 9 gegen 0

TOP 17 — 613/331/2025

Nahverkehrsplan Erlangen 2025

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Nahverkehrsplan (NVP) ist das wesentliche Planungsinstrument der kommunalen Aufgabenträger für die Ausgestaltung und Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er definiert die Anforderungen an den Umfang und an die Qualität des Verkehrsangebots und berücksichtigt Belange unter anderem der Barrierefreiheit und des Klimaschutzes. Des Weiteren werden hinsichtlich der Weiterentwicklung des ÖPNV Ziele definiert und Handlungsmaßnahmen abgeleitet, die während der Laufzeit des NVP konkretisiert und umgesetzt werden sollen.

Mit dem NVP wird das Ziel verfolgt, dass für alle Bevölkerungsgruppen im Sinne der Daseinsvorsorge eine ausreichende Verkehrsbedienung gewährleistet wird.

Rechtsgrundlagen bilden der § 8 des PBefG sowie Art. 13 des BayÖPNVG. Darüber hinaus dient der NVP der Genehmigungsbehörde als Beurteilungsgrundlage für Liniengenehmigung, Zuschüsse etc.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der vorliegende NVP, siehe Anlage 1, schreibt den bisherigen NVP 2016-2021 fort, der über den eigentlichen Zeitraum hinaus bis zum Beschluss der Fortschreibung weiterhin gültig ist. Die grundsätzlichen Prämissen bei der Netzgestaltung und die Qualitätsanforderung des Verkehrsangebotes basieren auf der Leitlinie zur Nahverkehrsplanung in Bayern, die in einer unveränderten Form vorliegt. Viele Grundanforderungen aus dem NVP 2016-2021 gelten demnach unverändert fort.

Qualitätsanforderungen

Die Qualitätsanforderungen an das ÖPNV-Angebot auf dem Stadtgebiet wurden konkretisiert. Dies betrifft die übergeordneten Themenbereiche Netz und Angebot, Betrieb, Infrastruktur, Service und Tarif sowie das Querschnittsthema Barrierefreiheit. Als Neuerung im Bereich Infrastruktur ist z.B. die Aufnahme einer Halstestellenkategorisierung zu nennen, wonach Haltestellen je nach Kategorie verschiedene Ausstattungsmerkmale aufweisen.

Zielnetz

Im Planungsprozess wurde das Netz in iterativen Schritten erarbeitet. Nach der Überprüfung der Wirkung des ersten Netzentwurfs mit dem Verkehrsmodell der Stadt Erlangen wurde festgestellt, dass trotz größerer Angebotsmehrungen nur ein geringer Mehrwert (wie z.B. Nachfrageverbesserungen) erreicht werden konnte und sich Verbesserungen hauptsächlich für bestehende ÖPNV-Nutzende einstellen. Als Zwischenergebnis wurde festgehalten, dass sich große Zuwächse im ÖPNV hinsichtlich des Modal Split und der Nachfrage nur erreichen lassen, wenn die Stadt-Umland-Beziehungen integriert geplant werden, so wie es im Verkehrsentwicklungs- und Mobilitätsplan 2030 zugrunde gelegt war (insbesondere hinsichtlich Pendlerverkehre).

Die planerische Ausrichtung des Netzes, die Stadt-Umland-Verkehre stärker mit einzubeziehen, konnte jedoch mit der schwierigen Haushaltssituation seit Mitte 2024 nicht weiterverfolgt werden, da die Umsetzung dieser Maßnahmen nur mit hohen zusätzlichen finanziellen Ressourcen möglich ist. Aufgrund des Paradigmenwechsels, nur die vorhandenen Ressourcen möglichst leistungsneutral einzusetzen, ist das Zielnetz des NVP im Ergebnis eine sehr bestandsnahe Weiterentwicklung des heutigen ÖPNV-Angebots mit einer Betriebsleistungsmehrung von lediglich ca. einem Prozent. Als „Spielmasse“ für betriebliche Optimierungen wurde die Taktung der Linien flexibel gehalten, sodass auf zukünftige Entwicklungen im Stadtgebiet angemessen reagiert werden kann. Taktverdichtungen bzw. -reduzierungen sind daher nicht explizit aufgeführt.

Dennoch wurden auch „Handlungsoptionen“ aufgenommen, die Spielräume für zukünftige Anpassungen und neue Linien eröffnen, sollten entsprechende Ressourcen vorhanden sein bzw. an anderer Stelle eingespart werden.

<u>Wesentliche Änderungen gegenüber dem Bestandsangebot während der Laufzeit des NVP:</u>

- Linie 289: Beschleunigung der Buslinie durch die Führung über die Koldestraße, Karl-Zucker-Straße, Nägelsbachstraße. Das bisher nicht direkt vom ÖPNV erschlossene Gebiet im Bereich Karl-Zucker-Straße erhält eine direkte Anbindung durch die Einrichtung einer neuen Haltestelle „Rathenaustraße“. Das hohe parallele Fahrtenangebot in der Nürnberger Straße wird damit reduziert.
- Rufbus 294T: Der Rufbus bindet die bisherige Erschließungslücke im Westen Sieglitzhofs an den Stadtbus 294 an. Eines der wenigen Erschließungsdefizite im Stadtgebiet entfällt.
- Rufbus 295T: Der Rufbus schafft eine direkte Verbindung zwischen Tennenlohe und dem S-Bahn-Halt Eltersdorf.

<u>Verbesserungen durch Handlungsoptionen:</u>

- Linie 292: Schnelle Verbindung von Büchenbach in das Stadtzentrum als Schnellbuslinie mit wenigen Haltestellen über die Autobahn A73 zum Busbahnhof.
- Linie 298: Herstellung einer durchgängigen Linienverbindung von Büchenbach, Kosbach, Häusling, Steudach und Frauenaurach durch Verlängerung der Linie nach Dechsendorf. Mit dem Umstieg an der Haltestelle Weisendorfer Straße wird darüber hinaus eine Querverbindung aus dem nordwestlichen Landkreis in den Erlanger Westen geschaffen.
- Linie 283: Anbindung des Bezirksklinikums - auch für Pendler aus dem Landkreis durch Umstieg

an der Haltestelle Weisendorfer Straße. Erschließung des Gewerbegebiets Frauenaurach sowie zusätzliche Erschließung des Röthelheimparks, der Wirtschaftsschule und Schaffung einer weiteren Verbindung an der Umstiegshaltestelle Markuskirche, wenn diese Linie erweitert/ergänzt wird. Diese Anpassung ermöglicht neue ÖPNV-Wegebeziehungen im Netz.

- Linie 199: Führung über den Büchenbacher Damm, Frauenauracher Straße mit Halt an der Haltestelle Gerätewerk. Die Anbindung des Gewerbegebietes Frauenauracher Straße an den S-Bahn-Halt Paul-Gossen-Straße sowie nach Nürnberg wird verbessert.
- Linie 201: Anpassung der Linienführung über die Herzogenauracher Straße, Erlanger Straße zur verbesserten Anbindung von Frauenaurach.
- Linie 252: Einbindung in das Stadtbusnetz.
- Linie 253: Einbindung in das Stadtbusnetz mit Option einer Verknüpfung mit der Linie 295. Als Durchmesserlinie werden hiermit Umstiege vermieden, indem die Linien durchgebunden werden.
- Linie 254: Einbindung in das Stadtbusnetz mit Option einer Verknüpfung mit der Linie 281. Als Durchmesserlinie werden hiermit Umstiege vermieden, indem die Linien durchgebunden werden.

Beteiligungsverfahren

Bei der Fortschreibung des NVP wurde durch die Stadt Erlangen den gesetzlichen Vorgaben entsprechend ein umfassendes Beteiligungsverfahren initiiert und umgesetzt. Die Interessensvertretungen öffentlicher Belange sowie Behindertenvertreter (im Sinne des § 8 Abs. 3 Satz 6 Hs. 2 PBefG) und die politischen Fraktionen wurden im Rahmen des „Forum Mobilität“ beteiligt. Das Forum tagte zur Fortschreibung des NVP insgesamt viermal (am 15.12.2021, 27.07.2022, 20.04.2023 und 19.07.2023) und diente dazu, Zwischenergebnisse vorzustellen und Anmerkungen und Rückmeldungen in den Planungsprozess aufzunehmen.

Zudem wurden die betroffenen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen (nach Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayÖPNVG und § 8 Abs. 3 Satz 6 Hs. 1 PBefG) im Rahmen des „Arbeitskreis Nahverkehrsplan“ beteiligt, der insgesamt dreimal tagte. Weitere Gespräche mit direkt betroffenen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen fanden zusätzlich statt (Stadt Fürth und infra Fürth, Stadt Nürnberg und VAG, Landkreis Erlangen-Höchstadt und Landkreis Forchheim).

Die Beteiligung der Erlanger Stadtwerke Stadtverkehr GmbH (ESTW), die aktuell mit der Durchführung der Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet Erlangen betraut ist, hat durchgängig in einem engen Austausch stattgefunden.

Die Orts- und Stadtteilbeiräte wurden zu zwei Sitzungen des „Forums Mobilität“ eingeladen. Des Weiteren hat ein eigener Beteiligungstermin für die Orts- und Stadtteilbeiräte im Dezember 2024 stattgefunden.

Anhörung

Den oben genannten Beteiligten wurde der Entwurf des NVP zur Verfügung gestellt und die Abgabe von Stellungnahmen ermöglicht. Die Stellungnahmen wurden eingehend geprüft und unter Abwägung der

Belange in den vorliegenden Entwurf eingearbeitet. Die Regierung von Mittelfranken als zuständige Genehmigungsbehörde wurde bei der Anhörung ebenfalls beteiligt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der NVP dient nach Beschluss als Grundlage für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Erlangen für einen Zeitraum von ca. fünf Jahren. Die enthaltenen Maßnahmen sollen während der Laufzeit sukzessive konkretisiert und umgesetzt werden.

Für die Umsetzung der Handlungsoptionen ist der Einsatz von finanziellen Mitteln bzw. eine Kostenbeteiligung notwendig. Diese werden daher dem Ausschuss zu gegebener Zeit zum Beschluss vorgelegt.

Bezugnehmend auf die Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) und der Anpassung des Linienbündels „Stadtverkehr Erlangen“ wird im Bedarfsfall eine Fortschreibung des vorliegenden NVP in Vorbereitung auf die nächste Direktvergabe des öDA vorgenommen.

Aufgrund der Dynamik bei Veränderungen des ÖPNV-Angebotes ist auch eine Teilfortschreibung des NVP innerhalb des vorgesehenen Zeitraums von fünf Jahren möglich. Darüber hinaus wird die Verwaltung die Planungen für eine grundlegende Weiterentwicklung des ÖPNV-Netzes im Sinne des VEP bzw. der Planungen zur StUB fortsetzen. Dies ist auch von den verfügbaren finanziellen Ressourcen für die teilweise aufwändigen Simulationsprozess abhängig.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**

☐ *ja, negativ**

☐ *nein*

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt, bzw. bei den zukünftigen, einzelnen Umsetzungsbeschlüssen beziffert

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Auf Wunsch von Herrn Stadtrat Wening wird dieser Tagesordnungspunkt als Einbringung behandelt. Hierüber besteht Einvernehmen.

Die Beirätin Frau Simon wünscht sich eine Übersicht, in der pro Handlungsfeld eine Maßnahme, die kurzfristig umgesetzt werden soll, dargestellt wird und welche eher zurückgestellt werden. Die Verwaltung sagt dies für die Stadtratssitzung zu, auch ein Versand an die Beiräte wird erfolgen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Nahverkehrsplan Erlangen 2025 in vorliegender Fassung wird als Grundlage für die weiteren ÖPNV-Planungen beschlossen.

Abstimmung:

verwiesen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Auf Wunsch von Herrn Stadtrat Wening wird dieser Tagesordnungspunkt als Einbringung behandelt. Hierüber besteht Einvernehmen.

Die Beirätin Frau Simon wünscht sich eine Übersicht, in der pro Handlungsfeld eine Maßnahme, die kurzfristig umgesetzt werden soll, dargestellt wird und welche eher zurückgestellt werden. Die Verwaltung sagt dies für die Stadtratssitzung zu, auch ein Versand an die Beiräte wird erfolgen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Nahverkehrsplan Erlangen 2025 in vorliegender Fassung wird als Grundlage für die weiteren ÖPNV-Planungen beschlossen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 18

613/347/2025

Antrag Nr. 072/2025 des Stadtteilbeirat Anger/Bruck - E-Scooter - Sachstand und Probleme im Stadtteil Anger/Bruck

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Antrag Nr. 072/2025 des Stadtteilbeirats Anger/Bruck wird gefordert, das E-Scooter-Sharing im Stadtgebiet künftig nur stationsgebunden zuzulassen. Zudem wird gefordert, dass bei Nichtbeachtung der Sammelplätze durch die Nutzenden die Leihgebühren weiterlaufen.

Derzeit bieten drei Anbieter im Stadtgebiet E-Scooter im Free-Floating-System an.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Seit 2019 ist die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) in Kraft getreten. Seitdem gab es keine abschließende Klärung der rechtlichen Einordnung des E-Scooter-Sharing als Gemeingebrauch oder Sondernutzung (vgl. 613/178/2022). Am 26. Juni 2025 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur eine überarbeitete Fassung der Änderung der eKFV vorgelegt. Diese enthält einen Entwurf für ein Parkverbot für Sharing-Fahrzeuge. Derzeit befindet sich der Entwurf im Prüfverfahren.

Die Einschätzung der Verwaltung, dass E-Scooter in Erlangen gut genutzt werden und die Verwaltung die Situation insgesamt positiv bewertet, ist unverändert. Daher wird weiterhin an der bisherigen Handhabung festgehalten. Der in Erlangen zwischen der Stadt und den Anbietern geschlossene Kooperationsvertrag berücksichtigt bereits wichtige Aspekte, wie beispielsweise eine Flottenobergrenze inklusive der Aufteilung auf unterschiedliche Gebiete.

Lediglich ein Anbieter hat zuletzt vermehrt gegen die Vorgaben verstoßen. Zwischenzeitlich hat der E-Scooter-Anbieter Superpedestrian mitgeteilt, dass ein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sowie mehrerer Verstöße gegen den Kooperationsvertrag hat die Stadtverwaltung den bestehenden Kooperationsvertrag mit dem Anbieter zum 31.07.2025 gekündigt.

Die zuletzt unzureichende Reaktion auf Beschwerden und Hinweise aus der Bevölkerung sowie der direkten Kommunikation mit der Verwaltung haben die Kooperation mit Superpedestrian erschwert.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Eine Umstellung auf ein rein stationsgebundenes System würde erhebliche infrastrukturelle Eingriffe erfordern. Um die Vorteile der Flexibilität beizubehalten, wäre eine hohe Stationsdichte notwendig. Erfahrungen andere Städte zeigen, dass Stationen alle 200 bis 250 Meter erforderlich sind. Dies könnte in der Regel nur durch den Wegfall von Kfz-Stellplätzen oder anderer Nutzungen im öffentlichen Raum umgesetzt werden. Damit sind weitere Nutzungskonflikte und Akzeptanzprobleme verbunden. Liegen die Parkmöglichkeiten weiter auseinander, werden die stationsbasierten Systeme nicht angenommen.

Für den planerischen Aufwand sowie die Umsetzung sind derzeit keine personellen und finanziellen Kapazitäten vorhanden.

Die Höhe der Gebühren sowie Maßnahmen bei Nichtbeachtung der Vorgaben obliegenden dem jeweiligen Betreiber und können von der Verwaltung nicht gesteuert werden. Demnach kann der Forderung, die Leihgebühren bei Nichtbeachten weiterlaufen zu lassen, verwaltungsseitig nicht umgesetzt werden.

Die weiteren Entwicklungen auf Bundesebene werden durch die Verwaltung verfolgt und bei Bedarf werden weitere Maßnahmen ergriffen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Der Leiter des Amtes für Stadtplanung und Mobilität teilt mit, dass Vorschläge für Parkverbotszonen an die Verwaltung gerichtet werden können. Diese sagt zu, eine Umsetzung mit den Kooperationspartnern zu prüfen.

Der Beirat Herr Dr. Hartmann bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Janik diese Information an die Stadtteil- und Ortsbeiräte weiterzugeben. Dies wird zugesagt.

Der Stadtrat Herr Dr. Richter bittet darum, im Ausschuss zu informieren, sobald es gesetzliche Änderungen zum Umgang mit E-Scootern gibt. Die Verwaltung sagt dies zu.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag 072/2025 des Stadtteilbeirats Anger/Bruck ist hiermit abschließend bearbeitet

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Der Leiter des Amtes für Stadtplanung und Mobilität teilt mit, dass Vorschläge für Parkverbotszonen an die Verwaltung gerichtet werden können. Diese sagt zu, eine Umsetzung mit den Kooperationspartnern zu prüfen.

Der Beirat Herr Dr. Hartmann bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Janik diese Information an die Stadtteil- und Ortsbeiräte weiterzugeben. Dies wird zugesagt.

Der Stadtrat Herr Dr. Richter bittet darum, im Ausschuss zu informieren, sobald es gesetzliche Änderungen zum Umgang mit E-Scootern gibt. Die Verwaltung sagt dies zu.

Ergebnis/Beschluss:

3. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Antrag 072/2025 des Stadtteilbeirats Anger/Bruck ist hiermit abschließend bearbeitet

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 9 gegen 0

TOP 19 — 614/096/2025

Parkerleichterungen auch für Gastronomiebetriebe, Antrag Nr. 015/2025 der CSU-Fraktion

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem genannten Antrag wurde beantragt, die Praxis der Handwerkerparkausweise, mithin Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO, auf Gastronomen auszudehnen.
Grundsätzlich ist die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nur in besonders dringenden Fällen gerechtfertigt. An den Nachweis solcher Dringlichkeit sind strenge Anforderungen zu stellen.

Abgesehen von der allgemeinen Möglichkeit in besonders begründeten Einzelfällen Ausnahmen von den Regelungen zum Halten und Parken zu genehmigen, hat das Bayerische Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration die Genehmigungsmöglichkeiten für Handwerker im Einzelfall (keine berufsgruppenspezifische Regelung) besonders geregelt und damit standardisiert. Die Ausnahmegenehmigung ist auf bestimmte identifizierbare Fahrzeuge beschränkt (Kennzeichenbindung).

Daneben sind die Ausnahmegenehmigungen auf Fälle zu beschränken, in denen der Einsatz des Fahrzeugs als Werkstattfahrzeug oder zum Transport von Werkzeug oder Materialien oder aufgrund Eilbedürftigkeit unbedingt erforderlich ist und in zumutbarer Entfernung kein anderer Parkraum zur Verfügung steht. Ergänzend ist ein Arbeitsstättennachweis (inkl. tel. Erreichbarkeit) zu führen und gut sichtbar im Kfz zu positionieren.

Der Handwerkerparkausweis ermöglicht dem Inhaber, im eingeschränkten Haltverbot und im eingeschränkten Haltverbot für eine Zone, auf Bewohnerparkplätzen, in gebührenpflichtigen Kurzparkzonen über die zulässige Höchstparkdauer hinaus ohne Entrichtung der vorgegebenen Parkgebühr, in Kurzparkzonen mit Parkscheibe über die zulässige Höchstparkdauer hinaus, in verkehrsberuhigten Bereichen außerhalb gekennzeichneter Flächen ohne Behinderung des fließenden Verkehrs und in Fußgängerzonen während der jeweiligen Lieferverkehrszeiten zu parken.
Die Regelungen zielen somit nicht auf das Be- und Entladen, sondern auf das längere Parken eines Werkstattwagens.

In jeglicher Hinsicht ist dies nicht auf Gastronomiebetriebe übertragbar.

Für die Anlieferung von Gastronomiebetrieben, unabhängig davon, ob diese durch Fremdfirmen oder mit dem eigenen Kfz erfolgt, sind in Fußgängerzonen Lieferverkehrszeiten angeordnet. Während der Lieferverkehrszeiten können somit Ladetätigkeiten ohne zeitliche Einschränkung erfolgen.
Im Rahmen des Pilotprojektes Parkraumkonzept Bohlenplatz sind zahlreiche Lieferzonen geschaffen worden, die u. a. den Gastronomen und den Lieferfirmen die Möglichkeit geben, zum Be- und Entladen in der Nähe ihres Geschäftes zu halten. Diese sind mit dem Z 286, eingeschränktes Haltverbot, beschildert. Jedes eingeschränkte Haltverbot kann für Ladetätigkeiten genutzt werden.

Eine Ausdehnung dieser Lieferzonen auf das gesamte Stadtgebiet wird nach der Evaluation geprüft.

In Anbetracht der Regelungen löst der Handwerkerparkausweis die Probleme der Gastronomen nicht. Zunächst schafft eine Ausnahmegenehmigung keinen freien Parkplatz. In eingeschränkten Haltverboten, verkehrsberuhigten Bereichen und Fußgängerzonen während der Lieferverkehrszeiten darf auch ohne Ausnahmegenehmigung für Ladetätigkeiten gehalten werden. Ob die Gastronomen oder die Lieferfirmen die Ausnahmegenehmigung sinnvoll nutzen können oder wollen, ist fragwürdig, da der Parkplatz möglicherweise nicht in Nähe des Betriebes wäre.
Zudem müsste die Ausnahmegenehmigung auf Ladetätigkeiten beschränkt werden, um ein Dauerparken zu verhindern. Betriebe könnten diese Ausnahmegenehmigung als Grundlage für den Beginn eines Lieferdienstes benutzen, wofür es keine rechtliche Grundlage gibt. Generell müssen wirtschaftliche Unternehmungen und Geschäftsmodelle mit den örtlich vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen zurechtkommen und hierauf ihren Geschäftserfolg gründen.

Im Ergebnis ist die Erteilung solcher Ausnahmegenehmigungen für Gastronomen rechtlich unzulässig und weder notwendig noch sinnvoll. Die Einrichtung weiterer Lieferzonen ist aus Sicht der Verwaltung der sinnvollere und erfolgversprechendere Weg. Sollten Gastronomiebetriebe Probleme mit der Anlieferung haben, wird gebeten, wie in der Vergangenheit auch, sich an die Abt. Straßenverkehr und Baustellen zu wenden, um eine individuelle Lösung zu finden und eine weitere Lieferzone auszuweisen. Diese kann auch von Privatleuten genutzt werden. Das Kfz ist stets nach dem Ladevorgang zu entfernen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Antrag Nr. 015/2025 der CSU-Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Antrag Nr. 015/2025 der CSU-Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 9 gegen 0

TOP 20 — 31/299/2025

Aktualisierte Fassung des 2. Statusberichts Klima-Aufbruch

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Fahrplan Klima-Aufbruch mit dem dazugehörigen Maßnahmenkatalog bildet eine wichtige Grundlage des Handelns der Stadt Erlangen (BV 31/163/2022). Mit der aktualisierten Fassung des 2. Statusberichts Klima-Aufbruch, der nun auch den Umsetzungsstand der Maßnahmen im Verantwortungsbereich von Amt 61 und Amt 66 umfasst, ist eine vollständige Auswertung der Fortschritte möglich. Im Jahr 2025 wurden 26 Maßnahmen verstetigt bzw. umgesetzt, acht Maßnahmen sind in Planung, sieben Maßnahmen sind noch nicht gestartet und eine Maßnahme wurde aufgrund der Haushaltssituation eingestellt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Alle Änderungen und Ergänzungen in der aktualisierten Fassung des 2. Statusberichts Klima-Aufbruch (s. Anlagen) sind in blauer Schrift getätigt, sodass erkennbar wird, an welchen Stellen Anpassungen vorgenommen wurden. Es ist zu beachten, dass blau markierte Änderungen den Stand zum Zeitpunkt August 2025 darstellen, während alle anderen Textpassagen weiterhin den Umsetzungsstand für März 2025 präsentieren.

Stand der Maßnahmenumsetzung (mit Erläuterungen zu den Maßnahmen von Amt 61 und Amt 66)

Von den insgesamt 41 Klima-Aufbruch-Maßnahmen sind bereits 26 Maßnahmen in Umsetzung und damit mehr als die Hälfte. Dazu gehört unter anderem die Maßnahme S8 Suffizienzoffensive, bei der städtische Energieberater*innen das Thema Suffizienz aktiv in ihre Beratungen einbeziehen. Auch in den Bereichen Ernährung sowie Reparatur von Alltagsgegenständen wird das Thema aufgegriffen. Zudem wird das Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ verfolgt, indem urbane, gemischt genutzte Quartiere entstehen wie beispielsweise in den Projekten Siemens Stadtquartier Süd und Stubenloh Süd. Dabei wird besonderer Wert auf eine gute ÖPNV-Anbindung und eine geringe Anzahl an Kfz-Stellplätzen gelegt.

Unter der Maßnahme M4 werden sämtliche Sharing-Systeme gebündelt. Das Angebot wird kontinuierlich erweitert, um die multimodale Mobilität zu stärken. So wurde unter anderem das VAG_Rad (Leihrad) eingeführt und vier Mobilpunkte wurden mit Carsharing-Angeboten ausgestattet. Weitere Mobilpunkte,

die E-Ladesäulen, Radabstellanlagen und die Nähe zu ÖPNV-Haltestellen kombinieren, sind bereits umgesetzt.

Auch bei der Maßnahme M1 Menschenfreundliche Quartiere gibt es Fortschritte. Zahlreiche Initiativen zur Förderung klimafreundlicher Mobilität wurden realisiert oder befinden sich in Umsetzung; darunter die Erarbeitung eines Fußverkehrskonzepts, das Pilotprojekt Parkraumkonzept Bohlenplatz sowie das 1.000-Bügel-Programm für zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten. Allerdings sind Maßnahmen zur Schaffung von Erholungsräumen stark von der Haushaltskonsolidierung betroffen. So wurden Projekte wie die Umgestaltung des Zollhausplatzes zum Klimaplatz, die Neugestaltung der Theodor-Heuss-Anlage sowie die Umgestaltung der nördlichen Stadtmauer zunächst zurückgestellt.

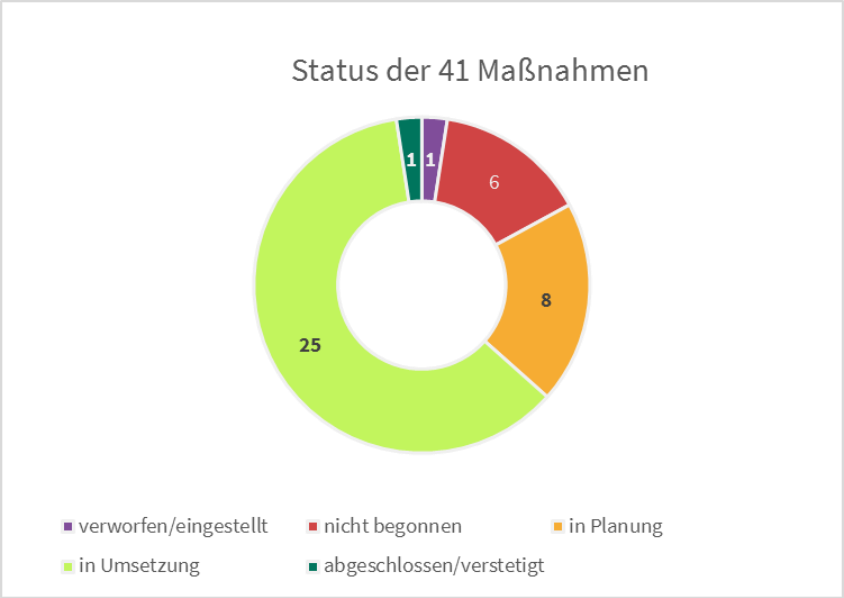


Abbildung 1: Umsetzungsstand der 41 Klima-Aufbruch-Maßnahmen im Jahr 2025

Acht weitere Maßnahmen sind in Planung, d. h. die Vorbereitungen für die Realisierung laufen. Zum Teil werden einzelne Vorhaben bereits umgesetzt. Dazu gehört zum Beispiel die Maßnahme M2 Klimafreundliche Parkraumbewirtschaftung. In Bereichen, in denen Parkplätze bereits bewirtschaftet werden, übersteigen die Einnahmen die Kosten. Allerdings können Parkgebühren rechtlich nicht überall kostendeckend gestaltet werden, da ein nachweisbarer Parkraummangel bestehen muss. Auch der gesetzlich festgelegte Höchstbetrag von 30,70 Euro pro Jahr für Bewohnerparkausweise bleibt bestehen, obwohl er keine Kostendeckung ermöglicht. Seit März 2024 gilt eine neue Parkgebührenordnung, die erstmals auch außerhalb der Innenstadt Gebühren von 1 Euro pro Stunde erlaubt. Eine Umsetzung in diesen Bereichen ist bislang nicht erfolgt.

Unter der Maßnahme M3 Attraktiver ÖPNV werden verschiedene Vorhaben gebündelt, die den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erleichtern sollen. So werden Haltestellen Schritt für Schritt barrierefrei umgebaut. Im Busverkehr sind fast ausschließlich Niederflurbusse mit akustischem Informationssystem

unterwegs, und auch die dynamischen Fahrgastinformationsanzeigen wurden deutlich ausgebaut. Der neue Nahverkehrsplan befindet sich allerdings noch in der Fertigstellung. Eine deutliche Ausweitung des Angebots mit kürzeren Taktzeiten ist aufgrund der derzeitigen finanziellen Möglichkeiten nicht realisierbar.

Nach fast drei Jahren seit Beschluss des Fahrplans Klima-Aufbruch im November 2022 gibt es sechs Maßnahmen, die bisher nicht bearbeitet werden konnten. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe:

- Hohe Priorität hat Maßnahme S2 Integrierte Quartierskonzepte, die die Wärmewende direkt in die Stadtquartiere bringen soll. Sie konnte bislang nicht umgesetzt werden, da notwendige Personalstellen wiederholt nicht bewilligt wurden.
- Die Umsetzung der S5 Handwerksoffensive hängt stark von der Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft ab. Bisherige Gespräche haben noch keine konkreten Ergebnisse gebracht.
- Die Maßnahme E6 Gemeinsam unabhängig & erneuerbar (Servicepaket für Nachbar*innen mit gemeinsamer Heizlösung in Reihenhäusern o. Ä.) ist ein innovatives Konzept. Allerdings fehlen hier ebenfalls rechtliche Rahmenbedingungen, und die Akzeptanz in der Bevölkerung wird derzeit eher gering eingeschätzt. Daher fließen die personellen Kapazitäten bislang in andere Maßnahmen.
- Für M7 Drittnutzerfinanzierung des ÖPNV fehlen in Bayern weiterhin die gesetzlichen Grundlagen.
- Auch für die Maßnahmen EK1 Ausbau der Sharing-Infrastruktur und EK5 Wirtschaft im Kreislauf fehlen aktuell die erforderlichen Personalressourcen.

Die Maßnahme S7 Ausweitung und Anpassung Förderprogramme musste aufgrund der Haushaltssituation kurzfristig eingestellt werden.

Finanzielle Situation

Die Stadt Erlangen steht aufgrund stark eingebrochener Gewerbesteuereinnahmen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Die angespannte Haushaltslage wirkte sich 2024 direkt auf die Umsetzung des Fahrplans Klima-Aufbruch aus:

Im Amt für Umweltschutz und Energiefragen (31) wurden Mittel in Höhe von über 1 Mio. Euro gekürzt. Betroffen sind unter anderem das Förderprogramm für CO_2-mindernde Maßnahmen, Beteiligungsformate zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen, Bildungsaktionen sowie Mittel für eine PV-Strategie und das Klimamobil.

Auch beim Amt für Gebäudemanagement (24) wurden rund 580.000 Euro eingespart. Dies betrifft u. a. die energetische Sanierung und den Ausbau von PV-Anlagen, den Austausch von Beleuchtungen in Hallen, Schulen und Verwaltungsgebäuden sowie Dachsanierungen.

Das Tiefbauamt (66) verzeichnete Kürzungen von rund 730.000 Euro. Eingeschränkt wurden vor allem Projekte zur LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung, der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, der Umbau zu barrierefreien Bushaltestellen sowie das 1.000-Bügel-Programm.

Das Amt für Stadtplanung und Mobilität (61) musste mehrere größere Planungen zurückstellen, da deren Umsetzung Investitionen in Millionenhöhe erfordert hätte. Dazu zählen u. a. die Umgestaltung des Zollhausplatzes, der Theodor-Heuss-Anlage und der nördlichen Stadtmauer, der Bau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof, der Radschnellweg Erlangen–Herzogenaurach sowie Maßnahmen aus dem neuen Nahverkehrsplan. Darüber hinaus konnte die Leuchtturm-Maßnahme S2 Integrierte Quartierskonzepte erneut nicht umgesetzt werden, da die erforderlichen Personalstellen nicht bewilligt wurden.

Insgesamt zeigt sich: Trotz des Bekenntnisses der Stadt zum Klima-Aufbruch führen die aktuellen finanziellen Einschränkungen zu Anpassungen, Kürzungen und Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahmen. Die finanziellen Einschnitte werden sich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch verschärfen, da 2024 viele Vorhaben aufgrund bestehender Verträge weitergeführt werden mussten. Neue Projekte können dagegen nur noch umgesetzt werden, wenn eine rechtliche Verpflichtung besteht.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zur besseren Nachverfolgung der Fortschritte im Erlanger Klimaschutz wurde ein neues Monitoring-System entwickelt. Dieses umfasst die Gesamtstadt, die Stadtverwaltung sowie die beiden städtischen Töchter ESTW AG und GEWOBAU Erlangen. Für die Gesamtstadt wurde der Indikator „Installierte Wärmepumpen (Luft & Erdwärme) [Stück]“ ergänzt, um Entwicklungen im Bereich Wärme besser sichtbar zu machen. Für die Stadtverwaltung steht inzwischen eine verbesserte Datengrundlage zur Verfügung, sodass die Kennzahlen aktualisiert werden konnten.

Zudem wurde im aktualisierten Statusbericht eine sprachliche Präzisierung vorgenommen. Da das Thema „Greenwashing“ zunehmend an Bedeutung gewinnt und das gesellschaftliche Verständnis für Klimaschutzbegriffe wächst, wird künftig bevorzugt der Begriff „Treibhausgasneutralität“ verwendet, während auf „Klimaneutralität“ verzichtet wird. Hintergrund ist, dass Klimaneutralität einen Zustand ohne jegliche Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf das gesamte Klimasystem beschreiben würde – ein faktisch unerreichbares Ziel. Treibhausgasneutralität hingegen bedeutet den Ausgleich zwischen ausgestoßenen und gebundenen Treibhausgasen und gilt damit als realistisch erreichbar.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:

Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Ergebnis/Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung zum aktualisierten 2. Statusbericht Klima-Aufbruch mit den Beiträgen des Tiefbauamts (66) und des Amts für Stadtplanung und Mobilität (61) werden zur Kenntnis genommen.

Die Ergänzung des Indikatorsets für die Gesamtstadt um den Wärmeindikator „Anzahl Wärmepumpen“ sowie die Veränderung der Bezeichnung von *„klimaneutral“* zu *„treibhausgasneutral“* werden beschlossen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 21

Anfragen

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

Protokollvermerk:

Der Stadtrat Herr Dr. Dees fragt nach der Umleitung des Schwerlastverkehrs während des Umbaus der Schleuse Erlangen und bittet darum, dass die Verwaltung auf die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zugeht und diese bittet Informationen zur geplanten Umleitung zu veröffentlichen.

Den Stadtrat Herrn Dr. Richter interessiert, warum im Statusbericht Klima-Aufbruch für den Indikator „installierte Wärmepumpen“ nur Luft und Erdwärme herangezogen wurden und nicht Wasser. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Beratungsergebnis Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

Protokollvermerk:

Der Stadtrat Herr Dr. Dees fragt nach der Umleitung des Schwerlastverkehrs während des Umbaus der Schleuse Erlangen und bittet darum, dass die Verwaltung auf die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zugeht und diese bittet Informationen zur geplanten Umleitung zu veröffentlichen.

Den Stadtrat Herrn Dr. Richter interessiert, warum im Statusbericht Klima-Aufbruch für den Indikator „installierte Wärmepumpen“ nur Luft und Erdwärme herangezogen wurden und nicht Wasser. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Sitzungsende

am 14.10.2025, 19:50 Uhr

Der Vorsitzende:

……
Oberbürgermeister
Dr. Janik

Die Schriftführerin:

……
Wurm

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft Klimaliste Erlangen/Erlanger Linke: